

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Keine Anzeigen; Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4002, 4035, 4049, 4022.

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erregung in England

Vor der Entscheidung

H. Haag, 10. August.

„Nieuwe Courant“ schreibt zur politischen Lage:

In England hat die politische Lage eine heftige Erregung heraufbeschworen. Genau wie im Jahre 1914 liegt bei England die Entscheidung, ob es zu einem Kriege kommen wird. In Frankreich ist man viel ruhiger. In England führen gewisse Blätter eine heftige Kriegsagitation, andere wehren sich aus allen Kräften gegen einen Krieg. Auch die Arbeiter sind scharf gegen einen Krieg und meinen: Paßt Frankreich nur Truppen schiden. England tut nichts. Frankreichs Hilfe würde aber Osteuropa nicht genügen, es sei denn, daß es fast alle seine Truppen aus Syrien und Cilicien zurückzieht und an die polnische Front leitet. In Syrien sind die französischen Truppen jedoch nur allzu notwendig. Wenn England sich aber dazu entschließt, andere Maßnahmen als Flottenoperationen zu treffen, so würde das gewiß sehr schwer in die Waagschale fallen. Auch 1914 hat England mit der Entsendung eines Freiwilligenheeres begonnen. Ist aber erst einmal eine Operation begonnen, so ist es sehr schwierig, den Nachschub weiterer Truppen zu unterlassen und stillzulegen. Das wissen die britischen Arbeiter sehr wohl, daher protestieren sie energisch gegen eine Kriegpropaganda.

H. London, 10. August.

Die unabhängigen liberalen Parlamentsmitglieder haben eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Intervention durch Lieferung von Truppen, Material oder Munition und gegen die Einführung der Blockade gegen Rußland Einspruch erheben. Sie richten an die Regierung die Forderung, kräftige Maßnahmen zur Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens zu treffen.

Die Konferenz der Arbeiterpartei, des Parlamentsausschusses des Gewerkschaftsbundes und des Vollzugsrates der Arbeiterpartei, in der über 6 Millionen Mitglieder vertreten wurden, nahm bekanntlich entschiedene Stellung gegen den Krieg. In Arbeiterkreisen erklärt man, daß ein Generalkrieg innerhalb weniger Stunden, nachdem die Parole dazu ausgegeben wurde, vollzogene Tatsache wäre.

Die Entente-Vorschläge an Rußland

H. London, 10. August.

„Daily News“ melden, daß im Anschluß an den Plan der Ministerkonferenz Vorschläge folgenden Inhalts nach Moskau gelangt wurden:

1. Die russischen Friedensbedingungen sind sofort und vollständig bekannt zu geben.
2. Die Konferenz wird sich von Anfang an auf die Hauptprobleme, die für den Waffenstillstandsabschluß entscheidend sind, beschränken.
3. Demzufolge werden Versuche gemacht, innerhalb von 24 Stunden zu einer Uebereinkunft zu gelangen, die einen sofortigen Waffenstillstand ermöglicht.
4. Es wird ein ausführliches Protokoll über die Konferenz veröffentlicht werden.

Die russische Friedensbereitschaft

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Paris, 10. August.

Die russische Regierung hat an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, in der sie den Abbruch des Austausches von Forderungen bedauert und das Ausbleiben der russischen Antwort auf ein Mißverständnis zurückführt. Sie wünscht die Wiederherstellung des funktionsfähigen Verkehrs und betont, daß es ihre Freude bereiten würde, eine Friedenskonferenz zu Verhandlungen mit der rumänischen Regierung beschicken zu können. Sollte der von der russischen Regierung vorgeschlagene Ort Charlow nicht angenehm sein, so soll diese andere Vorschläge für den Ort machen.

Zu dem russisch-französischen Konflikt über die Schiffe im Hafen von Odessa stellt die russische Regierung fest, daß diese Schiffe, die russische Kriegsgefangene heimtransportierten, 28 demontierte Flugzeuge an Bord hatten, die offenbar für General Wrangel bestimmt waren. Die russische Regierung hat deshalb die französischen Schiffe am Auslaufen verhindert.

Amerika gegen die Unterstüßung Polens

Paris, 10. August.

Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Washington wurde als Ergebnis von Beratungen bei Wilson eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird, die russische Armee sei nicht eine holländische, sondern eine russische Armee, deren Generalsstabschef, General Brusilow, einer der bedeutendsten Offiziere des alten Regimes sei. Die Russen hätten kein Begehren nach polnischem Gebiet und wollten die Souveränität Polens nicht antasten. Die amerikanische Politik wüßte das russische Gebiet

herzustellen, bis das russische Volk seine inneren Angelegenheiten geregelt habe. Dadurch hoffe Amerika, die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Rußland zu beschleunigen. Nach „Echo de Paris“ haben also die Vereinigten Staaten gegen Polen Stellung genommen.

Die polnische Regierung verläßt Warschau

Amsterdam, 10. August.

Der „Times“-Korrespondent in Warschau telegraphiert unter dem 8. August: Die polnische Regierung soll nach amtlichen Mitteilungen nach Polen übersiedeln. Einige Minister haben indessen geäußert, vorläufig werde die Regierung in Warschau bleiben. Der Korrespondent bemerkt, daß man im Falle ihres Weggangs die Gefahr befürchte, daß in Warschau eine neue Regierung gebildet werden könnte.

Protestkundgebung der französischen Sozialisten

Paris, 10. August.

Die Vereinigung der Sozialisten des Seine-Departements fordert zu einer Kundgebung zu kommenden Sonnabend auf, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Es sei die Aufgabe der Arbeiterschaft, die öffentliche Meinung aufzuklären und sich mit allen Kräften dagegen zu wehren, daß eine neue Verwicklung entstehe.

Der russische Heeresbericht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 10. August.

Der russische Heeresbericht vom 9. August meldet: Die Städte Pragny und Oskolenka sind von unseren Truppen besetzt worden. Wir haben Gefangene gemacht, Maschinengewehre und ein Artilleriedepot erbeutet und einige Ortschaften 18 bis 20 Werst südwestlich von Oskolenka besetzt. Unsere Truppen erzwangen den Uebergang über den Karawjusch beim Kloster Kojan und besetzten das Kloster. Hierbei machten die Truppen Gefangene und erbeuteten den Train des Feindes. Wir erreichten Ortschaften 15 bis 16 Werst nordöstlich von Wjatschow und besetzten nach Kämpfen den Flecken Brol und die Station Malin. Wir besetzten die Stadt Sokolow. In Richtung Sieblich—Dytkow haben unsere Truppen, den Widerstand des Feindes brechend, am linken Ufer des Bug die Station Pjaterow besetzt. 10 bis 16 Werst westlich des Bug wird um den Besitz der Stadt Wlodawa gekämpft. Im Abschnitt Cholm erzwangen unsere Truppen den Uebergang über den Bug südlich der Eisenbahnlinie Komel—Cholm und besetzten eine Anzahl Ortschaften auf dem Westufer des Flusses. Im Abschnitt Brody führten unsere Truppen hartnäckige Kämpfe mit bedeutenden feindlichen Streitkräften. In der Arim setzten unsere Truppen den Vormarsch auf Cherson und Berislaw fort. Das linke Dnjeprufer wurde erreicht. Wir haben Gefangene gemacht, Maschinengewehre und eine Menge Patronen erbeutet. Im Abschnitt Berchne—Totmat haben wir diese Städte besetzt.

Der Korridor erreicht

Dr. Alfenstein, 9. August.

Der Alenteiner Berichterstatter der „Dona“ erzählt aus bester Quelle: Russische Truppen, und zwar Patrouillen der 4. kavalischen Reiterbrigade, haben heute nachmittags unweit des Dorfes Baluten, südlich von Reidenburg, den Südspitz des Soldauer Gebietes und damit den polnischen Korridor erreicht. Die Vorhut der russischen Infanterie haben Grud zwischen Wlawa und Pzajany besetzt.

Der polnische Kampfbericht

Kopenhagen, 10. August.

Der Warschauer Heeresbericht vom 9. August meldet: Abteilungen feindlicher Kavallerie griffen die Bahnlinie Wlawa an. Ciechanow ist vorübergehend vom Feinde besetzt. Zwischen Bug und Karaw keine Veränderungen. Nördlich von Sieblich gruppieren sich unsere Truppen um. Nördlich Brest-Litowsk, im Raume von Stanislawsk, griff der Feind an und will nach Westen durchbrechen. Unsere Abteilungen, die Brody genommen haben, griffen weiter an und haben den Feind aus Radziewilow herausgeworfen. Eine Batterie und vier Maschinengewehre wurden dabei erbeutet. Zwischen Stropa und Sereth, im Raume von Koluskiwicz und Kosada, haben unsere Abteilungen angreifende feindliche Kavallerie zurückgeschlagen und dabei 400 Gefangene gemacht, einige Maschinengewehre und eine Regimentskassette erbeutet.

Warschau, 10. August. (Neuer.)

Der polnische Heeresbericht meldet, daß die Polische Eisenbahnlinie von Danzig nach Warschau abgeschnitten haben.

Die mitteleuropäische Krise

Von Julius Braunthal, Wien.

Wie vor Jahren eine westpolitische Situation das kleine Montenegro in den Mittelpunkt des Weltgeschehens gerückt, montenegrinische Geschütze den ersten Schuß zum Balkankrieg gelöst haben, so hat abermals die Eigenart einer kriegerischen Situation einem kleinen ohnmächtigen Staat eine bedeutungsvolle Rolle zugewiesen. Die Sowjetkriege an der polnischen Front haben die ungarische Konterrevolution zum begehrtesten Bundesgenossen Frankreichs gemacht. Der Sieg Sowjetrußlands über Polen, der der Entwicklung des mitteleuropäischen Sozialismus neue Impulse verleihen wird, bedroht die Herrschaftsstellung des ungarischen Adels und der Kirche, also sowohl die politische als auch die ökonomische Basis der ungarischen Konterrevolution.

Dieses Schicksal eint das herrschende Ungarn mit den Interessen des französischen Imperialismus, dessen Herrschaftsstellung durch einen Sieg Sowjetrußlands auf das stärkste gefährdet ist. „Der Gendarm im Osten“, Polen, ist auf die Anie gezwungen, die Tschechoslowakei sozial unterminiert, der Anschließwille Oesterreichs im unwiderstehlichen Wachstum. So stehen Frankreich neben Polen nunmehr zwei Bundesgenossen zu Gebote: Ungarn und Rumänien. Die kontinental-europäische Politik Frankreichs erstrebt daher zwischen Ungarn und Rumänien Frieden zu schaffen und die Wehrkraft dieser beiden Staaten im Bündnis mit Polen gegen die anwachsende soziale Gefahr zu werfen.

Inzwischen erhebt in Oesterreich die Konterrevolution frecher als je ihr Haupt. Die christlichsoziale Partei, die zweitstärkste Partei der Republik, verflücht, was sie bisher offen zu deklarieren nicht gewagt hätte, durch ihren Führer ihren Widerstand gegen den Anstich Deutschlands. Sie gaukelt dem durch den Krieg und durch die Zerreißung des Wirtschaftsgebietes in die traurigste Lage versetzten deutschösterreichischen Volk in ihren Versammlungen und in ihrer Presse die Herrlichkeiten des alten Kaiserreiches vor. In Tirol konspiriert sie unverhüllt mit den bayerischen Königsmachern, in Niederösterreich und Steiermark konspiriert sie ohne Scheu mit den magyarischen Habsburgtrabanten. Mit aller Leidenschaft wehrt sie sich gegen den Aufbau einer verlässlichen republikanischen Wehrmacht, organisiert sowohl in Steiermark als auch in Tirol und Salzburg in den Heimwehren monarchistische Gardes. Sie bahnte in Steiermark dem frechen räuberischen Einfall ungarischer Banden in das österreichische Städtchen Fürstentfeld geradezu den Weg, dessen Zeughaus die magyarischen Komitatalschi stürmten und plünderten. Und alle Veruche der Republik, sich der drohenden Gefahr von Ungarn zu erwehren, seht sie offenen Widerstand entgegen.

Während die Entente unter Führung Frankreichs Oesterreich in den Zustand der Wehrlosigkeit versetzt, steht sie der Aufrüstung Ungarns trotz Friedensvertrag von Neuilly geradezu mit Wohlwollen nach. Der Friedensvertrag von Neuilly gebietet Ungarn, seine Heeresmacht auf 35 000 Mann, sein Offizierskorps auf 2000 Mann herabzumindern. Die ungarische Regierung hat aber nach der Unterzeichnung des Vertrages zu seiner Heeresmacht vier weitere Jahrgänge einberufen und mit der neuerlichen Mobilisierung von Bauern und Reserveoffizieren begonnen. Hart an der Grenze, in Zalaegerzeg, erkühnt sich Ungarn, ein Bataillon österreichischer monarchistischer Offiziere und in den Dienst geprehter österreichischer Soldaten mit der erklärten Aufgabe zu unterhalten, um bei einem Einfall in Oesterreich mitzuverwenden. So bildet sich unter dem Schutze der ungarischen Regierung der Kern einer österreichischen Konterrevolutionären Heeresmacht, vergleichsweise der Heeresmacht der Szegediner Regierung während der ungarischen Kätediktatur. Woran die ungarische Heeresmacht leidet, das ist der Mangel an Waffen und Munition. Ungarn verläßt unter den Augen der Ententemissionen in aller Welt Waffen zusammenzukaufen. Ungarische Banden überfallen ein österreichisches Waffenlager und führen in hochbelasteten Autos tausende Gewehre, Maschinengewehre und Munition hinweg. Die Proteste der österreichischen Regierung, ihre Hilferufe bei der Entente verhallen wirkungslos; und so droht die Gefahr, daß ungarische Soldateska eines Tages Wiener-Neustadt überfallen und sich in den Besitz der riesigen Waffen- und Munitionsmengen setzen, die am Steinfeld lagern; so droht die Gefahr, daß eines Tages die ungarische Heeresmacht sich auf Geheiß Frankreichs gegen Wien wälzt, in einem Blutbad ohnegleichen die Wiener Arbeitererschaft nieder schlägt und Oesterreich wieder unter dem blutbesetzten Zepher der Habsburger beugt.

Die Gefährdung Oesterreichs durch Ungarn bedeutet aber gleichzeitig die Gefährdung des europäischen Friedens. Die Niederwerfung Oesterreichs muß die Heere der tschechoslowakischen Republik sofort in Bewegung setzen. Zwischen Budapest und Wien liegt der schmale Ausläufer der Slowakei mit seiner Hauptstadt Preßburg. Der ungarische Expansionsdrang muß sich notwendigerweise sofort gegen die Slowakei richten, die Einverleibung der Slowakei in den magyarischen Gentrystaat erstreben. Die Restauration der österreichischen Konterrevolution bedeutet eine Stärkung der Konterrevol-

lutionären Kräfte Deutschlands, der abermals in Bewegung gefassten Welt das Signal zu ihrer Erhebung geben würde. So bereiten sich in der Theilnahme neue Volkskriege und neue Bürgerkriege in ungeheurerem Maßstabe vor. Umwälzungen, die das Mitteleuropa in Flammen versetzen und es in Schutt, Asche und Trümmer legen müßten. Der französische Imperialismus ist der Todfeind der europäischen Demokratie und des europäischen Sozialismus. Ungarn aber ist jetzt sein stärkstes Bollwerk. Die Arbeiterklasse Mitteleuropas muß daher erkennen, daß, wenn es den französischen Imperialismus treffen will, es sich gegen die ungarische Gefahr rüsten muß.

Repressalien gegen Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Paris, 10. August.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat einen Funkpruch an den Minister des Auswärtigen in Budapest erlassen, in dem er mitteilt, daß die Sowjetregierung erfahren habe, daß die ungarische Regierung einen neuen Prozeß gegen 10 Mitglieder der ungarischen Kätzerregierung begonnen habe. Die russische Regierung stellt die namentlich aufgeführten Genossen unter ihren Schutz. Zu ihrer Sicherheit werden als Geiseln 1000 ungarische Offiziere, die sich in Russland befinden, in einem Internierungslager untergebracht werden. Tschitscherin droht, daß die russische Regierung diesen Offizieren, unter denen sich Angehörige bekannter ungarischer Adelsfamilien befinden, genau dasselbe Schicksal bereiten wird, welches die unter Anklage stehenden russischen Volkskommissare ereilen wird.

Die innerpolitische Lage Polens

Genosse Jean Longuet veröffentlicht im „Populaire“, dem linkssozialistischen französischen Parteiorgan den Inhalt einer Unterredung, die er mit einem polnischen Genossen hatte, der sich auf seiner Durchreise einige Tage in Paris aufhielt. Nachstehend bringen wir mit geringen Kürzungen den Wortlaut dieser interessanten Unterredung.

Genosse Longuet fragte: „Die liberal-royalistische Presse von Paris und des Quai d'Orsay setzen die größten Hoffnungen auf das katholische, militaristische und reaktionäre Polen. Sind diese Hoffnungen gerechtfertigt? — Der polnische Genosse bejahte. „Besonders seit einigen Wochen sind wir eine Beute der abscheulichsten antisemitischen und militaristischen Reaktionen. Überall werden die schlimmsten Ausschreitungen gegen fortschrittliche Arbeiter, gegen Kommunisten und Juden begangen. Es gibt keine Stadt, die unter den Schlägen der Russen von der polnischen Armee geräumt wurde, in der nicht die widerwärtigsten Pogrome stattfinden. Die Judenquartale werden geplündert und zerstört, die schlimmsten Gewalttaten werden gegen die Bewohner begangen. Die Regierung ihrerseits verdoppelt die Verfolgungen gegen die sozialistischen und Arbeiter-Organisationen — selbst gegen die P. P. S. (Polnische sozialistische Partei), die sogar durch Dajinsky in der Regierung vertreten ist, der Vize-Präsident des Ministerrates ist.“

„Und was sagen die Führer der P. P. S. dazu?“
„Ihr Organ, „Robotnik“, protestiert schäudernd. Selbst gegen die Unterdrückung der Zeitungen des jüdischen Arbeiterbundes („Bund“) wurde jedoch nicht protestiert.“

„Willingen denn alle Sozialisten der P. P. S. die Politik eines Dajinsky?“

„Nein, sie stehen durchaus nicht einmütig hinter ihm. Es gibt augenblicklich drei Richtungen in der P. P. S. Zuerst die Rechte, deren Führer Dajinsky ist und die einen großen Teil der parlamentarischen Gruppe umfaßt; dann das Zentrum, dessen bekannteste Vertreter Liebermann und Ziemienski, dem Präsidenten der Partei, sind. Endlich die Linke, die die Politik der Kompromisse der Führer absolut mißbilligt. Im Reichstag ist nur die P. P. S. vertreten, die 35 Sitze von den 400 hat. Wir haben einen schweren Fehler begangen, die Wahlen zum Reichstag zu boykottieren. Wir glaubten an den nahen Sieg der Revolution. Weber die Kommunisten, noch der „Bund“, noch die vorgeschrittenen Elemente der P. P. S. bekümmerten sich um die Wahl, die wir für eine bedeutungslose Komödie hielten. Das war unser Jertum, den wir teuer bezahlt haben.“

„Aber außer der P. P. S. habt ihr doch noch andere sozialistische Organisationen?“

„Es gibt noch den „Bund“, der die jüdischen Arbeiter umfaßt, und trotz der Verfolgungen 10 000 Mitglieder zählt, außer den 8000 Jugendlichen.“

„Und die Kommunisten?“

„Die polnische kommunistische Partei hat sich durch den Zusammenschluß der alten sozialdemokratischen Partei mit dem linken Flügel der P. P. S. — nicht zu verwechseln mit dem neuen linken Flügel der P. P. S. — gebildet. Ihre augenblickliche Lage ist furchtbar. Tausende ihrer Mitglieder sind ermordet, gefangen, durch Schläge mißhandelt. Wenn die Kommandanten beim Rückzug die politischen Gefangenen nicht mitnehmen können, finden sie es einfacher — wie in Rußland — sie erschießen zu lassen. Man muß leider sagen, daß außer den schmerzlichen Verfolgungen der Regierung die Desorganisation der Kommunisten ihnen selber zuzuschreiben ist. Ihre Taktik der fortgesetzten Streiks hat die Arbeiterklasse erschöpft und die Gewerkschaften zerstört. Denken Sie sich nun noch den traurigen wirtschaftlichen Zustand des Landes hinzu, die geschlossenen Fabriken, die Hunderttausende von Arbeitslosen.“

„Was ist eigentlich dieses „Kabinett der nationalen Verteidigung“, das sich in Warschau gebildet hat?“

„Das ist eine seltsame Mischung der verschiedensten Parteien. Um Ihnen das zu zeigen, wird es Ihnen genügen, wenn ich Ihnen einige der hauptsächlichsten Figuren vorführe. Zuerst Wilos, der Chef. Ein offener Reaktionär. Gegen die Arbeitergewerkschaften. Im Reichstag hat die Partei Wilos 110 Abgeordnete. Dann der Vize-Präsident, Dajinsky. Seine ausgesprochene Rechts-Richtung ist bekannt. Die National-Demokraten sind durch Sulsky vertreten. Fürst Sapieha repräsentiert unseren Agrar-Adel. Er war es, der vor einem Jahr das Attentat gegen Wilsulsky organisierte.“

„Glauben Sie, daß diese Leute den Wunsch haben, mit Sowjetrußland Frieden zu schließen?“

„Sie hoffen es mit ganzer Seele und wollen in Wirklichkeit nur einen Waffenstillstand haben, um einen neuen Angriff führen zu können. Sehen Sie ihre Bedingungen! Sie werden sich weigern, ihre Waffen und die Zahl ihrer Soldaten zu verringern, ebenso wie eine Amnestie für die in den Konzentrationslagern anhängenden Sozialisten zu erlassen.“

„Und welche Aussichten hat die Revolution?“

„Im Augenblick erscheinen sie mir noch gering. Es herrscht in unserer unglücklichen Arbeiterklasse eine allgemeine Apathie. Die Verfolgungen und die Arbeitslosigkeit haben das Proletariat geschwächt. Warschau, eine Stadt von 1 200 000 Einwohnern, hat Hunderttausende von Arbeitslosen, die ausgehungert

und demoralisiert sind. Und dann besonders der unheilvolle Einfluß der P. P. S., die den Chauvinismus der hinter ihr stehenden Massen reizt. Sie kennen die Kraft des patriotischen Gefühls in Polen. Aber morgen schon kann sich das alles ändern. Wir zählen stark auf unsere Genossen des Auslandes, besonders auf Frankreich, um das polnische Proletariat an seine Pflicht zu erinnern; um ihm besonders die unauslöschbare Schande zu zeigen, mit der sich die P. P. S. bedecken würde, wenn durch ihre Schwäche oder Mißgunst morgen Kommunisten- und Judenmassaker entstehen würden, die drohen, wenn die Rote Armee vor Warschau steht...“

Das Ergebnis von Sythe

Paris, 10. August.

Der Berichterstatter der Agentur Havas in Sythe meldet, die beiden Ministerpräsidenten hätten Zwangsmassnahmen gegen Sowjetrußland gebilligt, jedoch würden diese nicht zur Anwendung gelangen, bevor den Bolschewisten die letzte Gelegenheit gegeben sei, ihre angebliche Mäßigkeit zu beweisen. Am Mittwoch finde in Rußland die erste Zusammenkunft der russischen und der polnischen Unterhändler statt. Wenn die Bolschewisten den Polen Bedingungen anböten, die das Gebiet Polens und seine politische Unabhängigkeit antasteten, dann werde die Haltung der Alliierten notwendigerweise davon beeinflusst werden.

Als eine der Maßnahmen soll nach dem Berichterstatter die effektive Blockade Rußlands, namentlich im Baltischen Meer, in Aussicht genommen sein. Amerika und die Rußland benachbarten neutralen Staaten, wie Schweden, Norwegen und Dänemark, würden aufgefordert werden, keine Produkte, Nahrungsmittel und Munition nach Rußland zu senden. Nötigenfalls würden die Alliierten auch Deutschland zur Mitarbeit auffordern, um Rußland auch von der Landseite zu isolieren.

Andere Maßnahmen sollten darin bestehen, mit Hilfe der vom ehemaligen russischen Reich getrennten Staaten Lettland, Litauen, Kurland und Aserbeidschan eine Defensivfront gegen Rußland aufzurichten. Das Heer des Generals Wrangel, das von der französischen Regierung unterstützt werde, sollte von England Kriegsmaterial erhalten. Ferner sollte Polen Material und moralische Unterstützung von den alliierten Regierungen erhalten, damit es seine Unabhängigkeit aufrechterhalten könne.

Selbst wenn der Korridor durchschnitten würde, werde das Kriegsmaterial über die Tschekoslowakei befördert werden. Die Entsendung französisch-englischer Truppen nach Polen sei nicht beabsichtigt. Wenn die Sowjets im Widerspruch beharrten, würden Kammenow und Krassin aufgefordert werden, London binnen einer Woche zu verlassen. Die Konferenz habe auch einen Augenblick darüber verhandelt, ob man die Regelung des polnisch-russischen Streites dem Völkerbunde zuweisen solle, habe aber abgelehnt, daß diesem noch die notwendigen Aktionsmittel fehlten und daß es so vielleicht zu einem für die Zukunft des Völkerbundes unangenehmen Mißerfolge kommen könne.

Die Magdeburger Spigelzentrale

Aufdeckung einer Lügenfabrik

Die Pressestelle des Oberpräsidenten in Magdeburg meldet: Langwierigen Bemühungen ist es gelungen, eine der Spigelzentralen festzustellen, die durch gefälschte Berichte über angeblich industrielle Kampfpäne seit langem die Öffentlichkeit kennenzulernen. Umfangreiches Material, teils halberzogene, teils fertige gefälschte Pamphlete und Aufschneidungen sind, teilweise bei den Erfindern selbst, beschlagnahmt worden.

Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation Eiserich in innigem Zusammenhang, mit der sie auch regelmäßig ihre „Berichtsnachrichten“ austauscht. Leiter der Spigelzentrale in Magdeburg ist ein n. a. wegen Zuhälterei vielfach vorbestrafter Militärspigel namens Litmann, der ebenso wie einzelne andere Spigel mit ausweisen Militärausweisen versehen war.

Leiter der Eiserich-Zentrale in Berlin ist der berühmte Hauptmann Janzen von der früheren Zentrale für Einwohnerwehren in Berlin. Auch das Original der kürzlich von der „Magdeburger Zeitung“ veröffentlichten Warnung über die Sowjetrepublik in Magdeburg stammt aus dem Litmannschen Spigelbureau und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sie in der Tat und daß alle darin genannten nicht in Magdeburg wohnenden Personen nicht registriert sind. Selbst die angegebenen Straßen und Hausnummern sind in den bez. Städten vielfach überhaupt nicht vorhanden.

Auch ein von Litmann mit eigener Hand geschriebener Pamphlet ist beschlagnahmt worden. Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittlungen und Sichtung des bisher umfangreichen Materials bekanntgegeben werden.

Wir befürchten, daß die angesagte Untersuchung im Sande verlaufen wird. Denn wenn die Regierung ernsthaft gewillt wäre, in jene dunklen Kreise hineinzuleuchten, die das öffentliche Leben Deutschlands seit Jahr und Tag in eine Kloake verwandelt haben, dann würden nicht nur die harmlosen Spigel, die des Broterwerbes willen sich zur Fabrikation von Lügen hergeben, bloßgestellt werden, sondern es würden auch die Behörden, die die Reichswehr und vor allem die Regierung selber heillos kompromittiert werden. Es würde offenkundig, daß die privaten Spigelorganisationen die Billigung der Regierung gefunden haben, daß sie von ihr gewisse Aufträge zugewiesen bekommen und daß vor allem die Reichswehr mit den Spigeln der Pinkerton-Gesellschaft und der Deutschen Wirtschaftshilfe der Hand arbeitet. Das ergibt sich ja schon aus der Tatsache, daß die Magdeburger Fälscher mit Ausweisen der Militärbehörde versehen sind.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Hauptspigelstelle, die Deutsche Wirtschaftshilfe, in Berlin liegt. Die Behörden haben dagegen noch nichts unternommen, so wertvoll sind die Dienste, die sie ihnen leisten. Vor allem ist es der Staatskommissar Weismann, der mit der „Wirtschaftshilfe“ gute Beziehungen unterhält, das heißt: er fördert die Bestrebungen der monarchistischen Gegenrevolution, denn die „Wirtschaftshilfe“ ist die Geheimorganisation der Rechtsparteien. Sie hat die Aufgabe, den neuen Putsch vorzubereiten, und zwar dergestalt, daß sie durch ihre Propagandare die Arbeiterschaft zu Butzen aufzuspüren versucht, um dann, wenn sie zur Tatfache werden sollten, der Reichswehr Gelegenheit zum Einschreiten und zur Proklamierung der Militärdiktatur zu geben.

Die monarchistische Wehrmacht

Maßregelung aller Republikaner

Der Reichspräsident Ebert hat an den Kommandeur der Brigade Döberitz, Herrn General Reinhardt, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Der Brigade Döberitz, die infolge der Verengerung der Heeresstärke in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nunmehr zu be-

rechen aufhört, danke ich für die treuen Dienste, die sie dem Vaterland geleistet hat. In unruhigen Tagen aus Angehörigen aller Stämme des deutschen Volkes zusammengestellt, hat sich die Brigade Döberitz unter Ihrem Kommando und unter der Leitung anderer bewährter Führer in kürzester Zeit zu einem einheitlichen, stets verwendungsbereiten und vorzüglichsten Truppenkörper herangebildet, der während der vier Monate seines Bestehens von treuer Pflichterfüllung und Hingabe an das Vaterland besetzt eine unbedingt zuverlässige und treue Stütze in der Hand der Reichsregierung war. Die Truppe, die Sie, hochverehrter Herr General, in musterhafter Weise ausgebildet und geführt haben, stand nicht nur militärisch auf einer hohen Stufe, sondern war auch, wie ich mich mit Freuden selbst überzeugen konnte, von einer vorzüglichen, alle deutschen Stämme gleichmäßig umschließenden Kameradschaft erfüllt.“

Hier reißt sich Lob an Lob. Aber die „Tätigkeit“ und „Zuverlässigkeit“ der Truppe hat es doch nicht vermocht, sie vor der Auflösung zu bewahren. Herr Seckl braucht in seinem Hunderttausendmannheer Platz für die Reuterer des 13. März. Die Ehrhardt, Löwenfelder, Aloder und all die anderen Putschisten-truppen, die sich der besonderen Gunst Seckls erfreuen, müssen untergebracht werden. Deshalb werden die republikanischen Truppenteile gemahregelt und es ist geradezu eine Verhöhnung, wenn ihnen Ebert noch ein Dankeslied herjagt, bevor er sie, dem Gebot der Generalität gemäß, auf die Straße setzt.

Mulock rüstet!

Oberleutnant v. Mulock, auf dessen Befehl während der Kappzige in Breslau sieben unschuldige Arbeiter verhaftet, zu Tode gemartert und in die Oder geworfen wurden, ist nach achtstägiger Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sich das Gericht vorher durch eine Röntgenuntersuchung beschleunigen ließ, daß Mulock lungenkrank sei und die Untersuchungshaft nicht ohne Schaden an seiner Gesundheit ertragen könne. Es war auch die höchste Zeit, den Mulock wieder in Freiheit zu setzen, denn seine für die deutsche Konterrevolution höchst wertvolle Kraft wurde dringend gebraucht. Er hat sich sofort nach dem Lager Zeitz in begeben, wo sein Freikorps immer noch der Auflösung harret. Dort ist er gegenwärtig damit beschäftigt, einige hundert „zuverlässiger“ Leute nach Ostpreußen zu dirigieren. Auch aus anderen Lagern gehen Transporte nach Ostpreußen, das zu einem Gefahrenherd geworden ist, von dessen Größe sich die Deffektivität vielleicht erst dann ein richtiges Bild machen wird, wenn sie vor vollendeten Tatsachen steht.

Die Wirtschaftskrise

Das „Berliner Tageblatt“ verbreitet einen kurzen Bericht aus dem bergischen Industriegebiet, der von einer leichten Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage Kenntnis gibt. Nachdem es gelungen ist, die Ermäßigung der sozialen Ausschlagabgabe für die Erzeugnisse der Solinger Industrie zu erreichen, erhöhten mehrere Betriebe die Arbeitszeit von drei auf fünf Tage die Woche. Da auch die Lage auf dem Salumarkt allmählich wieder bessere Produktions- und Ausfuhrmöglichkeiten bietet, scheinen im bergischen Industriegebiet die schlimmsten Tage der Arbeitslosigkeit überwunden zu sein und erträglichere Verhältnisse einzutreten. Andere Nachrichten aus dem bergischen Industriegebiet lauten weniger optimistisch und sprechen von einer bedenklichen Arbeitslosigkeit, die infolge der Ausfuhrstörung eingetreten ist, weil die Fabrikanten die Produktion bei der bestehenden Absatzkrise nicht aufrechterhalten wollten, die schwächeren Firmen wahrscheinlich auch nicht konnten. Gerade angesichts dieser Verhältnisse der privatkapitalistischen Wirtschaft, unter denen die gesamte Gütererzeugung des Landes sich von Tag zu Tag verringert hat, wird das Hauptproblem unserer Volkswirtschaft: die Erhöhung und Steigerung der Erzeugung in den Vordergrund gerückt. Wir kommen mit den bisherigen Methoden der Privatwirtschaft aus dem Chaos, in dem wir uns jetzt befinden, nicht heraus, ohne daß Millionen Proletariat dabei an Unterernährung und Mangel zugrunde gehen. Nur bei einer geordneten, gemeinwirtschaftlichen Regelung, die sich aller Vorteile planmäßiger und erweiterter Produktion bedient und durch Ausschaltung aller verteuernenden Zwischenglieder und hoher Spekulationsgewinne die Kaufkraft des Volkes stärkt, werden wir die ökonomischen Wirkungen des Krieges überwinden.

Ein Metalltrust

Die Aktien-Gesellschaft Metallbank und Metallurgische Gesellschaft in Frankfurt am Main, die kürzlich ihr Aktienkapital auf 75 Millionen Mark erhöhte, ist ein weitverzweigtes Großunternehmen der Metallproduktion und des Metallhandels. Tausend an Unternehmungen im „feindlichen“ Auslande ist sie an zahlreichen Unternehmungen in Deutschland beteiligt. Aus diesen Beteiligungen sind ihr im vergangenen Geschäftsjahre außer dem aus dem Bankverkehr entstandenen Gewinn etwa drei und eine halbe Million Mark zugeflossen. Der Gesamtgewinn der Gesellschaft betrug rund 6 Millionen Mark; er gestattete die Verteilung von 9 Prozent Dividende. Mit der Frankfurter Metallgesellschaft hat die Metallbank eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Sie meint der Metallgesellschaft einen großen Kredit eingeräumt zu haben, beträgt doch die Summe der von ihr „auf Termin ausgeliehenen Gelder“ nicht weniger als 135 Millionen Mark, gegen nur 10 Millionen Mark am Ende des vorigen Geschäftsjahres.

Eine Anzahl ihrer Beteiligungen hat die Metallbank kürzlich scharf zusammengefaßt. Die in dem ausschlaggebenden Einfluß unterstehende Vörsberg-Glabacher-Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. Vörsberg in Vörsberg (Bez. Köln) hat sie veranlaßt, das Aktienkapital von 4 auf 15 Millionen Mark zu erhöhen und die folgenden, ihr gehörenden Unternehmen sich anzuschließen: Metallhütte in Duisburg (nebst einer bisher nur anteilig betriebenen Zinnhütte) und Kleinsteine Call in der Eifel. Zum Interessensbereich der Metallbank gehören außerdem: Oberhessische Zinkhütten Akt.-Ges. in Kattowitz, Norddeutsche Raffinerie in Hamburg, Akt.-Ges. Heddenheimer Kupferwerk und Sächsische Kabelwerke, Elektrometallurgische Werke Horem, Ebert u. Scherer, Saarbrücken, A.-G. für Brennstoffverwertung in Berlin, Rawad u. Grünfeld in Charlottenburg, Lurel-Apparatbau-Ges. und Kraft- und Produktions-Apparatbau-Ges. in Frankfurt am Main, sowie Schweizerische Gesellschaft für Metallwerke in Basel. Die Beteiligung an den Vereinten Aluminium-Werken hat die Metallbank an das Reich übergeben. Sie ist außerdem Kommanditär bei dem Berliner Bankhaus Debraud, Schickler u. Co. und seinem Filial-Unternehmen Delbrück, von der Hendt u. Co. in Köln.

Der Umfang des Machtbereiches dieses hauptsächlich finanzkapitalistischen Unternehmens ist ein zwar nicht ausschlaggebendes, aber immerhin beachtenswertes Beispiel für die Macht des Finanzkapitals überhaupt.

Wieder ein Zeitungsverbot im besetzten Gebiet. Die Rheinlandschaftskommission hat die „Frankfurter Zeitung“ auf drei Tage für das Gebiet Rhein-Hessen verboten und zwar wegen des Artikels „Bergemalereien im besetzten Gebiet“.

Der Streik in den Helmsstädter Kohlenbergwerken ist beendet. Die Arbeit wird am Montag allgemein auf den Braunschweigischen Gruben wieder aufgenommen.

Politischer Bergarbeiterstreik in Australien. Australien steht eine große Kohlenkrise bevor. Infolge positiver Kostens der Grubenarbeiter ist die Förderung sehr zurückgegangen. Sie wollen dadurch eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorbereiten. Die Kohlenräte der Industrien sind bereit, daß die Bergleute glauben, es bedürfe keines allgütigen Streikes, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Vom Kongress der Mostauer Internationale

Schlussitzung des Kongresses

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Kopenhagen, 10. August.

Aus Moskau wird gemeldet: Am 7. August fand im großen Theater die Schlussitzung des großen Kongresses statt. Das Mostauer Proletariat begrüßte die Vertreter des Weltproletariats. Lenin eröffnete die Sitzung und sprach über die Genugtuung der Arbeiter darüber, daß der gegenwärtige Kongress bis zu einem gewissen Grade die politische Verantwortung übernommen hat, die bis dahin die russische Arbeiterklasse und die russische kommunistische Partei tragen mußte. Wir wählten und hofften, daß die energische Revolutionsarbeit des russischen Proletariats und Bauernums durch das internationale Proletariat unterstützt werden wird und daß wir dessen Hilfe erhalten würden. Er schloß mit dem Wunsch eines baldigen Zusammenkommens mit dem internationalen Proletariat an der Kampffront.

Die Vertreter der schottischen Arbeiterpartei und der finnischen Kommunisten, Gallacher und Mejer, sprachen von einem neuen Ueberfall Englands auf Sowjetrußland und nannten England und seine Verbündeten Räuber und Bedrücker. Kadek sprach über die Lage Polens. Der Verzweiflungsschrei der polnischen Bourgeoisie beweise, daß ihr der Tod nicht nur durch die Rote Armee, sondern durch die eigene polnische Arbeiterklasse drohe. Trotsky, der bei Ercheinung von der ganzen Versammlung förmlich begrüßt wurde, gab in einer längeren Rede eine Charakteristik der Ziele der Bourgeoisie in den Hauptländern des Amerikas und Englands bezüglich der Eroberung der Meere hin. Eine Wiedergeburt Europas sei ohne die russischen Rohmaterialien und das russische Brot unmöglich, ebenso unmöglich sei allerdings der Wiederaufbau Europas ohne die deutsche Technik und ohne die deutsche Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse Europas hat bei ihrer Rückkehr aus dem Kriege eine noch viel blutdürstigere Bourgeoisie vorgefunden und ist deshalb mit Recht aufs Heftigste empört. Die Ergebnisse des Kongresses zusammenfassend, erklärt Trotsky, daß der Kongress in seinen Resolutionen die Kampferfahrungen in der Arbeiterklasse im Ringen mit dem neuen Imperialismus zusammengestellt hat. Welcher Stolz für unsere Mostauer Arbeiter, daß in der Mostauer Schmiebe mit den Händen des russischen Proletariats dieser herrliche unvergleichliche Stahl für das internationale Proletariat geschmiedet worden ist. Mit diesem Stahl werden wir uns und die Arbeiter der ganzen Welt bewaffnen und werden ihnen zurufen: Sticht ihn in den Rücken des Weltkapitals.

Als letzter sprach Sinowjew darüber, daß das Streben der Arbeiter nach Zusammenstoß der größte Faktor in der Weltgeschichte ist. Er weist darauf hin, daß die Bewegung im Osten begann und sich weiter ausdehnen wird, ohne durch irgendwelche Gegenmaßnahmen aufgehalten werden zu können. Die dritte Internationale öffnet ihre Türen allen proletarischen revolutionären Organisationen.

Lenins Rede in der ersten Sitzung

In seiner ersten Rede auf dem Mostauer Kongress — die nunmehr im Vorstadium vorliegt — sprach Lenin ausführlich über die gegenwärtige Lage. Die nationale imperialistische Entwicklung, die zuerst in der Eroberung von Kolonialbeständen ihr Genüge fand, erwuchs in ihren Auswirkungen zum Kampf der verschiedenen imperialistischen Mächtegruppen um die Beherrschung der Welt und führte so notwendig zum Weltkrieg. Die Entscheidung fiel für die Engländergruppe und brachte Rußland, Deutschland, Österreich und Bulgarien mit rund einer Viertel-Milliarde Menschen in eine koloniale Lage. Der Versailles Vertrag verfehlte fortgeschrittene Völker in einen generationenlangen Zustand von Abhängigkeit, Armut, Hunger, Verwüftung und Rechtslosigkeit. Kein zivilisiertes Volk sei in solcher Lage gewesen. Ingesamt befanden sich jetzt rund einundvierzig Millionen Bevölkerung in einem kolonialen Verhältnis, das sie der Ausbeutung durch den Kapitalismus unterwerfe. Nutzen zögen daraus nur Amerika, Japan, England und einige kleine neutral gebliebenen Länder mit nur einer Viertel-Milliarde Bevölkerung. Wirtschaftlich aber sei die ganze Welt von Amerika abhängig geworden.

Die kapitalistischen Gegensätze habe der Weltkrieg gleichfalls gewaltig zugepöht, und zwar u. a. durch die Gestaltung des Schuldverhältnisses zwischen den einzelnen Ländern. Lenin zitiert die Rechnungsdarstellung von der Verschuldung Europas an Amerika und England, die zu seinem Bankrott führen müsse. Außer Amerika seien alle übrigen Staatswesen zu Schuldnern untereinander und gegen Amerika geworden. Auch England, das seine Darlehen an Rußland mit 6 Milliarden in seine Aktien eingeseht habe, aber nichts davon zurückerhalten werde. Rußland wie alle übrigen Schuldländer könnten nicht zahlen, selbst wenn sie wucherlicher Weise bereits zwanzigmal bezahltes nochmals zahlen wollten.

Die Folge aller dieser Kriegsergebnisse sei der stets wachsende Druck auf die Arbeiterklasse aller Länder, auf die alle Lasten abgewälzt würden, während die Kapitalisten sich bereichern wollten. Im Mißverhältnis zwischen Preisen und Arbeitslohn läge dies zum Ausdruck. Es sei unmöglich, es zu ändern, solange die kapitalistische Produktion auf der Grundlage des Privateigentums fortbestände. Der Mechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft müsse immer mehr auseinanderfallen; die Entwertung des Geldes mache es auch den Siegerstaaten unmöglich, diejenigen Handelsbeziehungen, die auf den Einkauf von Rohstoffen und Verkauf von Waren beruhten, mit den besiegten Ländern aufrecht zu erhalten, weil diese wegen ihrer niedrigen Valuta zahlungsunfähig seien.

Aus dieser Entwicklung ist zu folgern: einerseits stieg die Not der Massen unerträglich und einundvierzig Milliarden der in kolonialer Abhängigkeit gemorrenen Völker wurden zuerst davon betroffen, andererseits wuchs aber auch in den Siegerländern die Verarmung der Proletariat. Überall wuchs ihre soziale und wirtschaftliche Enttötung und als Folge davon ihre Empörung, die jetzt nicht mehr wie im Kriege durch militärische Disziplin niedergebhalten werden kann.

Die Weltrevolution laugt ihre Kraft aus den gegenwärtigen Verhältnissen: unerträglich die Lage des Weltproletariats, ökonomischer Niedergang der Siegerstaaten, Unmöglichkeit einer Verbesserung, solange kapitalistische Profitwirtschaft zugunsten eines Häufleins reich Gewordener fortbesteht. Auch der Völkereid und verlagte; er ist ein Instrument der Siegerstaaten, was sich bei den Angriffen auf Sowjetrußland besonders klar zeigte. Daß Sowjetrußland nicht unterlag, liegt in dem Zwiespalt bei den Ententemächten, von denen die eine gegen die andere handelte. Jede will die Beute des Weltkrieges für sich haben. Daraus muß die Weltreise entstehen, deren wirtschaftliche Wurzeln der kommunistischen Internationale lo glänzende Erfolge brachten. Nun muß sich beweisen, ob die revolutionären Parteien genügend Klassenbewußt, organisiert und entschlossen sind, die Krise der bürgerlichen Gesellschaft der ganzen Welt für eine erfolg- und siegreiche Revolution auszunutzen.

Lenin kritisierte dann scharf den Opportunismus, der in diesen Arbeiterparteien noch herrsche, insbesondere in der englischen „Independent Labour Party“. Ihr Führer, Ramsay MacDonald, sei ein Kompromißler und Kleinbürger. In

seinem untätigen Verhalten gegenüber der revolutionären Krise, „bis alles wieder in Ordnung komme“, zeige sich dieselbe Erscheinung wie „in den obersten Schichten der französischen sozialistischen und Deutschen unabhängigen sozialdemokratischen Partei“; es fehle nicht nur das Verständnis für die revolutionäre Krise, sondern auch der Wille, sie in revolutionärem Sinne auszunutzen.

Ein Musterbeispiel für das Wesen ihrer opportunistischen Politik und Gedankenrichtung gebe Otto Bauer in seinem neuen Buche „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“. Es sei eine Analyse der Ideologie der Vertreter am Sozialismus, der Kerenski, Scheidemann usw. und entwickelnde die Theorie des Opportunismus, die heute noch viele Arbeiterparteien beherrsche. (Um unseren Lesern ein eigenes Urteil über die Schrift Bauers zu ermöglichen, kommen wir demnächst auf diese wichtige wissenschaftliche Veröffentlichung zurück. Red. d. „F.“) Opportunismus sei eben, was Bauer behauptet, daß nämlich die „Anwendung von Gewalt im Klassenkampf der modernen Demokratie die Vergewaltigung der sozialen Machtverhältnisse“ bedeuten würde. Und dieser Opportunismus in den westeuropäischen Ländern erhalte sich nur deshalb noch so stark und lebenskräftig, weil die vorgeschrittenen Länder ihre Kultur geschaffen haben und schaffen durch die Möglichkeit, auf Kosten einer Milliarde unterdrückter Menschen zu leben, weil die Kapitalisten dieser Länder viel mehr bekommen, als ihnen der Profit aus dem Raub an den Arbeitern ihres eigenen Landes einbringt. Aus diesem Grunde konnten sie eine hübsche Summe für Bestechungen der Arbeiterführer und Arbeiteraristokratie ausgeben. Das geschah durch Hebung der Kultur in den großen Zentren, durch Gründung von Bildungsinstituten, durch Schaffung tausender Stellen für die Führer der Genossenschaften, für Gewerkschaftsführer, Parlamentarier usw. Das geschieht überall, wo moderne zivilisierte kapitalistische Verhältnisse herrschen. Die dafür ausgegebenen Milliarden sind die ökonomische Grundlage des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der überall in Westeuropa eine sehr viel größere Beharrlichkeit der opportunistischen Führer, der Spitzen der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie gegen die kommunistische Bewegung gebracht hat. Dieser Opportunismus ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Er verteidigt die Bourgeoisie besser als sich selbst. Ohne die opportunistischen Führer könnte diese sich nicht halten; das beweist nicht nur die Geschichte des Kerenski-Regiments in Rußland, sondern auch die Geschichte der deutschen demokratischen Republik mit ihrer sozialistischen Regierung, das beweisen analoge Erfahrungen in Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten.

Diejenige Opportunismus zu bekämpfen ist unsere erste Aufgabe, schwerer und wichtiger noch als die Korrektur der Fehler des „linken“ Kommunismus, des Antiparlamentarismus in verschiedenen Ländern.

Zum Schluß seiner Rede sagte Lenin, daß der 2. Kongress der 3. Internationale nicht nur die Vertreter der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Herrschaftsstaaten, sondern auch die Vertreter des revolutionären Gedankens in den kolonialen und durch den Weltkrieg in eine koloniale Lage gebrachten Ländern umfasse. Der Weltimperialismus müsse fallen vor dem vereinigten Ansturm des Weltproletariats, das überall durch den Weltkrieg revolutioniert worden. Die Hauptaufgabe des Kongresses sei, die praktischen Grundlagen auszuarbeiten oder anzudeuten, auf denen die bisher unorganisierte Kampfungsarbeit unter Millionen von Menschen systematisch betrieben werden könne. Die Rätebewegung habe jetzt auch im ganzen Osten, in ganz Asien, unter allen Kolonialvölkern begonnen. Überall erhebe sich der Ausgebettete gegen seine Ausbeuter. — Wenn die Sowjetrepublik jetzt noch auf Kompromiss eingehen müsse, weil sie zurzeit noch schwächer sei als die internationalen Imperialisten, so wisse sie, daß sie die Interessen von 1 1/2 Milliarden, von mehr als 70 Prozent der Bevölkerung der Erde verteidige. Lenin schloß:

Wir können mit Stolz sagen: Auf dem ersten Kongress waren wir eigentlich nur Propagandisten; wir haben dem Proletariat der ganzen Welt nur unsere Grundgedanken verkündet, wir haben es aufgerufen zum Kampf. Wir haben nur gesagt: wo sind die Menschen, die fähig sind, diesen Weg zu beschreiten? Jetzt haben wir überall ein vorgeschrittenes Proletariat. Überall gibt es, wenn auch oft schlecht organisiert, eine proletarische Armee, und wenn unsere internationalen Genossen uns jetzt helfen werden, eine eigene Armee zu organisieren, so kann uns nichts hindern, unsere Sache zu Ende zu führen. Diese Sache ist die der proletarischen Weltrevolution, ist die Sache der Gründung der Weltrepublik.

Aufhebung der Reichsfleischkarte

Von zuständiger Stelle wird den „F. F. N.“ mitgeteilt: Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfleischkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefleischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfleischkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachen, im Gasthausverkehr tatsächlich immer mehr verloren hat, und für die Überwachung des Verbrauchs in den Einzelhaushaltungen die Kundenliste in den Schlachtereien ausreicht.

Die ersten Wirkungen des Kohlenabkommens

Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken teilt uns mit: Gemäß der Weisung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung muß infolge des Kohlenabkommens von Spa mit wesentlichen Einschränkungen in der Zuteilung von Steinkohle an die Industrie allgemein sofort gescherzt werden. Es wird daher von der Kohlenwirtschaftsstelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die schnellste Umstellung auf rationelle Verfeuerung von Rohbraunkohle und von anderen minderwertigen Brennstoffen im eigenen Interesse aller Betriebe liegt, da voraussichtlich auf unabsehbare Zeit mit einer auch nur einigermaßen ausreichenden Steinkohlenbelieferung und wohl auch Breiteits nicht zu rechnen sein wird.

Betriebe, deren spezifischer Kohlenverbrauch zu hoch ist oder die von geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, werden in Zukunft mit hochwertigen Brennstoffen nicht mehr beliefert werden können.

Betriebe, die sich in absehbarer Zeit ganz oder teilweise auf Verfeuerung von Rohbraunkohle oder von anderen minderwertigen Brennstoffen umstellen können, werden ersucht, der Kohlenwirtschaftsstelle sobald als möglich den voraussichtlichen Zeitpunkt der Umstellung und ihren danach erforderlichen Brennstoffbedarf, unter Angabe, ob Bahn- oder Wasseranschluss vorhanden, anzugeben. Die von der Hauptstelle für Wirtschaftlichkeit (Geschäftsstelle im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Sommerstr. 4), in Druckform C 12 zusammengestellten Richtlinien für die Erzielung sparsamer Brennstoffwirtschaft bei Dampfstrahlungsanlagen wird zur Nachachtung empfohlen.

Da ferner auch die Belieferung der Elektrizitätswerke eine Wenderung erfahren wird, macht die Kohlenwirtschaftsstelle darauf aufmerksam, daß Anträge auf Mehrbelieferung mit elektrischem Strom in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in

Zukunft nicht nur im allgemeinen abgelehnt, sondern daß auch noch mehr wie bisher die Abend- und Nachtstunden zur Arbeit herangezogen werden müssen.

Die privatkapitalistische Wirtschaftsweise, die es dem Unternehmer gestattet, seinen Betrieb nach eigenem Gutdünken einzurichten, wird der guiegemeinten Regelung des Reichskommissars keinen großen Erfolg versprechen. Hätten wir eine sozialistische Wirtschaft, dann wäre es leicht, die Folgen des Kohlenabkommens in der Weise, wie es beabsichtigt ist, zu lindern. Es könnten dann von einer zentralen Wirtschaftsstelle aus die Betriebe bestimmt werden, die an Stelle von Steinkohlen mit anderen Brennstoffen zu arbeiten hätten. Jetzt aber werden die Unternehmer die Kosten scheuen, die eine solche Umstellung bedingt, und die Folge wird sein, daß in fast allen Betrieben Kohlenmangel eintritt und die Betriebe geschlossen werden. Das hat dann eine vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge.

Die Kohlennot in Süddeutschland

Auf dem Wasserwege sind vom Ruhrgebiet nach Koblenz und den Häfen rheinabwärts von Januar bis zum Mai gut 1,8 Millionen Tonnen Steinkohlen verladen worden. Das ist nicht sonderlich viel, auch ist seitdem keine entsprechende starke Zunahme eingetreten. Infolgedessen wird es wohl zutreffen, daß man „auch bei bescheidensten Ansprüchen“ nicht behaupten kann, daß die „Schaffung von Kohlenvorräten in Süddeutschland in befriedigendem Maße erreicht sei“ (wie die Handelspresse feststellt). Die Kohlen sind aber Süddeutschland nicht nur knapp zugemessen, sie sind auch durch den Wassertransport ungeschützt (um etwa 40 Proz. allein für die Strecke Ruhr—Frankfurt) verteuert. Unmissig stellt selbst ein so gut kapitalistisches Organ wie die „Kölnische Zeitung“ fest, daß die Frachtsätze und Schlepplöhne „eine ungeheuerliche Höhe erreicht haben und daß man die Schiffsbeförderung, ohne ihnen zu nahe zu treten, zu Revolutionsgewinnern rechnen darf.“

Glücklicherweise (für die Süddeutschen) arbeitet die Eisenbahn wesentlich billiger als die Binnenschifffahrt, auch bewältigt sie ohne Störungen ganz erhebliche Mehrmengen gegen das vorige Jahr. Dazu liefert Mitteldeutschland größere Mengen Braunkohlen nach dem Süden. Trotzdem wird Süddeutschland einen kühlen Winter haben, dafür aber einen kühlen Teufel Winter haben.

Kohlenüberfluß in Oberschlesien

Die Interalliierte Kommission in Döppeln hat vor kurzem verfügt, daß auf den Gruben Oberschlesiens regelmäßig größere Kohlenmengen auf die Halben zu fließen seien. Da gegenwärtig die Wegengestellung der Eisenbahnverwaltung den Ansprüchen der Beiden entspricht und sogar noch gesteigert werden könne, bleibe für diese Verfügung keine andere Erklärung übrig, als daß die Interalliierte Kommission hier Vorräte für Polen ansammeln will, dessen Belieferung mit ober-schlesischer Kohle schon heute über seinen Bedarf hinausgeht, so daß es davon an Schweden, natürlich zum Weltmarktpreis, größere Lieferungen abholt. Gegen diese Halbenverfügung wenden sich nun aber die Belegschaften der ober-schlesischen Gruben. So hat sich die Belegschaft der fiskalischen Königin Luise-Grube glatt geweigert, Kohle auf die Halben zu kürzen und ihr Verhalten dem Vertreter der Interalliierten Kommission gegenüber damit begründet, daß 1. die gegenwärtige Zeit der Wegengestellung äußerst günstig ist und damit auch die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle; 2. daß mit Eintritt der Ernte die Wagenstellung erheblich zurückgehen werde und die Verwaltung dann sowieso gezwungen sein werde, einen größeren Prozentsatz der Kohle zu kürzen und 3. daß das lange Lagern der Kohle auf der Halbe besonders zur Sommerzeit die Gefahr einer Selbstentzündung birge.

Während des Zeitraumes vom 1. bis 20. Juli hat Frankreich ungefähr 1 Million Tonnen Kohlen auf dem Wasserweg aus dem Ausland erhalten, die sich folgendermaßen verteilten: englische Kohle 600 000 Tonnen, deutsche Kohle 100 000 Tonnen, amerikanische Kohle 210 000 Tonnen. Die erheblich höhere Einfuhr im Monat Juni betrug 720 000 Tonnen aus England, 90 000 Tonnen aus Deutschland, 230 000 Tonnen aus Amerika, insgesamt 1 050 000 Tonnen.

Lebensmittelausfuhr mit behördlicher Hilfe!

Man sollte es kaum für möglich halten, während Millionen der deutschen Bevölkerung unternährt sind, während es für Kinder und Säuglinge an wichtigsten Nährmitteln mangelt, während infolge dessen die Krankheits- und Sterbeziffern in Deutschland riesenhafte anshwellen, und während alle diese furchtbaren Tatsachen von der deutschen Regierung in einer eingehenden Denkschrift der Entente in Spa offiziell zur Kenntnis gebracht werden: gibt es Behörden in Deutschland, die pflichtvergessen oder im mindesten unfähig genug sind, Ausfuhrgenehmigungen für bedeutende Mengen hochwertiger Nährmittel zu erteilen. In Tageszeitungen und Fachblättern („Medizinische Klinik“, „Apothekerzeitung“ usw.) finden sich Angaben, denen zufolge den Wägenwerken in Weid die Genehmigung zur Ausfuhr von 80 000 Kilogramm Malzextrakt nach dem Ausland gegeben worden ist. Die Berliner Firma Morgenroth hat daraufhin dem Ausland folgendes Angebot gemacht:

„Freiwilliges Angebot: prima diastilischer Malzextrakt. Nur für den Export, nicht für das Inland. Eine von mir vertretene Malzextraktfabrik in Baden erhielt von den deutschen Behörden die Ausfuhrgenehmigung für ca. 80 000 Tonnen Malzextrakt. Dieses Quantum kann je nach Wunsch verarbeitet werden: 1. zu Nährweiden, 2. als diastilischer Malzextrakt für das Bäckergewerbe (Backhilfsmittel), 3. als Erfrischungsmittel für die Textilindustrie (wie Diastafos).“

Die „Südd. Apothekerzeitung“ bemerkt hierzu: „Also in einer Zeit, in der noch Tausende von deutschen Kindern an Unterernährung leiden, wo jeder Apotheker über jede einzelne Pflanze Malzextrakt froh ist, die er für seine kranken Kinder zugeteilt bekommt, extrakt nach dem Ausland ausführen zu lassen. Großartig, wie man einmal ist, erklärt man sogar, daß der Malzextrakt auch als Erfrischungsmittel in der Textilindustrie verwendet werden kann.“

Dieser Skandal übertrifft reichlich alles, was in dieser Hinsicht bereits früher in Deutschland gescheit worden ist. Es gibt einfach keine Entschuldigung für ein solches Vorkommnis. Die Angelegenheit ist jetzt zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Reichstag gemacht worden. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, daß die Schuldigen an der Erteilung der Ausfuhrerlaubnis sofort von ihren Ämtern entfernt werden. Wir verlangen aber auch weiter, daß die Regierung Maßnahmen trifft, die ein für allemal derartigen Unfug unmöglich machen!

Poststreik in Wien. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, fand am Sonnabend eine vom Wiener Gewerkschaftsverband der Post- und Telegraphen Angestellten einberufene Vertrauensmännerversammlung einstimmig den Beschluß, wegen der Nichtbewilligung einiger Forderungen am Montag, 2 Uhr mittags, den Ausstand zu treten. Die Streikleitung wird den Instituten, die im Interesse der Öffentlichkeit arbeiten, wie den Spitätern, der Feuerwehr und der Rettungsgeellschaft, ferner den diplomatischen Vertretungen und der Reparationskommission trotz des Ausstandes Gelegenheit zu telephonischem Verkehr bieten.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

Die verwesende Militärjustiz

Hiller vor dem Reichsmilitärgericht

Der Oberleutnant der Reserve, Gerichtsassessor Hiller, ist einer jener Rohlinge im deutschen Offizierskorps, die es fertig bringen, den durch die Kriegstrapazien gequälten Mannschaften das Leben vollends zur Hölle zu machen. Den Befehl der Disziplinargewalt mißbrauchten diese Kreaturen, um die schrecklichen Verbrechen straflos zu begehen. Der Oberleutnant Hiller hat selber eine ganze Reihe von Todesfällen seiner Untergebenen verursacht. Aber es bedurfte eines fünfjährigen Kampfes des Vaters eines der Ermordeten, um nach dem Eingreifen der Presse die Militärbehörde zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen den Offizier zu bestimmen. Der Verlauf dieses Prozesses in allen drei Instanzen ist für die entartete deutsche Justiz der Gegenwart bezeichnend. In der ersten Instanz, vor dem Kriegsgericht, wurde Oberleutnant Hiller zu der Bagatelldrohung von sieben Wochen Festungshaft verurteilt, obwohl in der Beweisaufnahme offensichtlich war, daß Hiller nicht nur zahlreiche Mißhandlungen an Mannschaften und Unteroffizieren begangen, sondern daß er auch drei Angehörige seiner Kompanie in des Wortes wahrster Bedeutung zu Tode gequält hatte.

Am empörendsten ist der Fall des Gardeführers Helmhake. Helmhake, der als Kriegsfreiwilliger ins Feld gerückt war, wurde in offensichtlich schwerem Zustand von dem Angeklagten bei strenger Kälte wegen geringfügiger Vergehen mit Anbinden an einem Baum bestraft und in dieser Situation noch mißhandelt. Auf Befehl des Hiller wurde dem Helmhake, den der Bataillonkommandeur, Major von Kohler, in ein schmüßiges Erdloch hatte werfen lassen, die Nahrung entzogen. Helmhake ist unter der Einwirkung von Hunger und Kälte, die er von seinen Vorgesetzten in grausamer Niederträchtigkeit preisgegeben worden war, zugrunde gegangen. Angesichts dieser empörenden Vorkommnisse sah sich sogar die konservative Presse gezwungen, das Kriegsgerichtliche Urteil für unbefriedigend zu erklären. Dachte doch die Verhandlung ergeben, daß die Voruntersuchung so geführt wurde, daß die Zeugen, die belastende Aussagen machen wollten, von dem die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat Weber befehrt worden waren, sie sollten sich kurz fassen, die Zeit des Herrn Kriegsgerichtsrat sei bemessen.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung legte der Gerichtsherr Bezugung ein, doch in einem so beschränktem Umfang, daß die Tötungsfälle Thomas und Günther von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen wurden. Die Beweisaufnahme vor dem Oberkriegsgericht beschränkte sich daher im wesentlichen auf den Fall Helmhake. Hier ergab sich, daß der junge Helmhake zweifellos zu Tode gequält worden ist. Selbst das Oberkriegsgericht konnte den Zusammenhang der Hillerschen Verbrechen mit dem Tode des Helmhake nicht in Abrede stellen, aber es nahm dennoch einen minder schweren Fall an. Oberleutnant Hiller wurde zu zwei Jahren Gefängnis und Entlassung aus dem Heere verurteilt. Gegen dieses Urteil legten der Angeklagte Hiller in vollem Umfang Revision ein, die er sowohl auf materielle wie prozessuale Mängel stützte. Vor allem sei das Gericht nicht vorchriftsmäßig besetzt gewesen. Diese Revision beschätzte gehen den ersten Senat des Reichsmilitärgerichts.

Hiller war ohne seine Verteidiger erschienen. Er hat es auch nicht nötig, der Militäranwalt entzog sich nicht der Pflicht, die alle Anklagepunkte in Prozessen gegen Offiziere übernommen haben, als Offizialverteidiger zu fungieren. Auch das höchste Militärgericht nahm sich des Angeklagten in kameradschaftlicher Weise an. Der Gerichtsherr hatte keine Revision eingeleitet, damit jedem Gericht des Klassenstaates eine wirkliche Säule der Straftaten unmöglich gemacht würde. Ist doch dieser Soldatenführer kein geisteskranker Proletariat, sondern ein Offizier und Jurist dazu.

Der Vertreter der Militärrechtsanwaltschaft wies darauf hin, daß an der Zulässigkeit der prozessualen Klage gezwweifelt werden müsse, da diese Klage von dem Angeklagten nicht innerhalb der Revisionsfrist, sondern erst in der späteren Begründung bei seiner Vernehmung erhoben worden sei. Der Vorsitzende richtete daraufhin an den Angeklagten, Oberleutnant Hiller, die Frage, ob er in seinem Revisionschriftsatz nur das Urteil habe anfechten wollen und sich die Begründung auch für eine Prozessualklage für seine spätere Vernehmung vorbehalten habe. In diesem letzteren Falle sei die von ihm später erhobene Prozessualklage zulässig. Der Angeklagte erklärte hierzu, er habe in seinem Schriftsatz nur die vorgeschriebene Frist wahren wollen. Die Rechtsfertigungsgründe wollte er erst nach Kenntnis des Urteils zu Protokoll geben. Der Militäranwalt stellte daraufhin den Antrag, das Urteil des Oberkriegsgerichtes auf die Revision des Angeklagten in seinem ganzen

Umfange aufzuheben. Nach der Praxis des Reichsmilitär- und des Reichsgerichts werden in fast beständlicher Angeklagter zur Revisionsverhandlung nicht vorgeführt. Herr Hiller durfte einen wirkungsvollen Kommentar dazu geben, wie er seine Revisionsbegründung gemeint hatte. Nach halbständiger Beratung verkündete der Senatspräsident folgende Entscheidung:

Der Senat hat das Urteil des Revisionsgerichts aufgehoben, weil das Oberkriegsgericht nicht vorchriftsmäßig besetzt war. Die Sache wird zur nochmaligen Verhandlung an die Revisionsinstanz zurückverwiesen. In der Verhandlung heißt es u. a.: Die Klage der unvorschriftsmäßigen Besetzung des Oberkriegsgerichts greift durch. Die an der Hauptverhandlung beteiligten Offiziersrichter waren nicht von den Vertrauensleuten der Soldaten gewählt. Die Vorschrift, daß die Offiziersrichter von den Vertrauensleuten zu wählen seien, beruhe auf einer Verordnung des Rates der Volksbeauftragten, der durch Bestätigung durch die Nationalversammlung Gesetzkraft beibehalten habe. Ironisch fügte der Senatspräsident hinzu, es liegt hier eine Erzeugnis der Revolution vor, die keinem Angeklagten vorenthalten werden könne. Zu den von dem Angeklagten erhobenen sachlichen Klagen hat der Senat nicht Stellung genommen in der Erwägung, daß am 1. Oktober dieses Jahres die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben wird. Damit habe, ganz gleich, ob ein Oberkriegsgericht oder eine Strafkammer über eine Sache befinden wird, in der Revisionsinstanz das Reichsgericht zu entscheiden. Dem Reichsgericht aber wolle der Senat nicht vorgreifen.

So spaziert der Soldatenführer und Massenmörder Hiller als Ehrenmann frei in Deutschland herum. Kein Gericht des Klassenstaates wird seine Untaten ahnen.

Betriebsräte

Achtung, Betriebsräte und Betriebsobleute des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin!

Die vereinigte Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins ist mit ihren Vorarbeiten soweit vorgeschritten, daß in kürzester Zeit die Neuwahl der Organe der Industriegruppen und die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin vorgenommen werden kann. Da an den konstituierenden Versammlungen nur Betriebsräte und Betriebsobleute teilnehmen können, die im Besitz einer von der provisorischen Zentrale kontrollierten Ausweisarte sind, fordert die provisorische Zentrale sämtliche Betriebsräte und Betriebsobleute auf, sich mit diesen Legitimationsarten zu versehen. Um eine Kontrolle der Legitimationsarten zu ermöglichen, ist die Meldung aller Betriebsräte und Betriebsobleute notwendig. Es muß zu diesem Zweck jeder Betrieb einen Beauftragten zur provisorischen Zentrale zwecks Kontrolle der Legitimation senden. Der Beauftragte muß über folgende Fragen Auskunft geben:

1. Betrieb, Ort, Straße, Nummer,
2. Produktionszweig, Haupt- und Untergruppe,
3. Anzahl der Gesamtbeschäftigten:
 - a) wieviel Arbeiter (männlich und weiblich),
 - b) wieviel Angestellte (männlich und weiblich).
4. Anzahl der Betriebsratsmitglieder (Arbeiter, Angestellte),
5. Gewerkschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit der Betriebsräte,
6. Angabe des Vorsitzenden des Betriebsrates.

Kleinbetriebe melden ihre Obleute. Betriebe, deren Betriebsräte, beamt. Betriebsobleute ihre Meldung bis jetzt noch nicht bei den Gewerkschaften oder der Betriebsrätezentrale vorgenommen haben, müssen außer den angeführten Fragen das Wahlprotokoll über die Betriebsratswahl vorlegen. Die Beauftragten müssen alle Ausweise, die sich im Besitz der Betriebsratsmitglieder ihres Betriebes befinden, einziehen und der provisorischen Zentrale zwecks Ausstellung einheitlicher Ausweise aushändigen. Um eine ordnungsmäßige Abfertigung der Gruppen zu ermöglichen, soll die Meldung der Betriebe nach der Gruppenzugehörigkeit wie folgt vorgenommen werden:

- Donnerstag, den 12. bis Freitag, den 13. August 1920
- Hauptgruppe XI Metallindustrie.
 - Hauptgruppe XIV Bergbau, Hütten-, Salinenwesen.
 - Hauptgruppe VIII Landwirtschaft.
- Sonnabend, den 14. bis Montag, den 16. August
- Hauptgruppe II Baugewerbe und Steinindustrie.
 - Hauptgruppe V Freie Berufe.
 - Hauptgruppe XIII Verkehr.

- Dienstag, den 17. bis Mittwoch, den 18. August
- Hauptgruppe VII Holzindustrie.
 - Hauptgruppe III Bekleidungs- und Textilindustrie.
 - Hauptgruppe I Banken und Handel.
- Donnerstag, den 19. bis Freitag, den 20. August
- Hauptgruppe VI Graphisches Gewerbe und Papierindustrie
 - Hauptgruppe XII Staatliche und kommunale Behörden, behördliche und private Institute, Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Kliniken, Heil- und Erholungsstätten, Bade-, Massage-, Strafanstalten.
 - Hauptgruppe XV Sozialversicherung, Reichsversicherung, Invaliditäts-, Erwerbs-, Angestellten- und Landesversicherung, Arbeiter- und Angestellten-Organisationen, Kriegsbeschädigten-Organisationen.

- Sonnabend, den 21. bis Montag, den 23. August
- Hauptgruppe IX Lebens- und Genussmittelindustrie.
 - Hauptgruppe IV Chemische Industrie, Gasanstalten, Wasserwerke.
 - Hauptgruppe X Lederindustrie.

Die Bureaus der Zentrale sind während der Arbeitszeit geöffnet: Werktags von 9 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends, Sonnabends bis 5 Uhr nachm.

Arbeiter und Angestellte! Fordert Eure Betriebsräte auf, die Meldung unverzüglich in der angegebenen Frist vorzunehmen, damit jeder Betrieb bei der Zusammenfassung der Betriebsräte berücksichtigt wird.

Provisorische Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin

C. Mühlstraße 24
gez. Richard Müller, gez. R. Vollmarhaus.

Diese ver- - - Räte!

Der bekannte günstige Wind weht uns folgendes Schreiben der Firma Christian Siegl, Eisen-, Stahl- und Temperiererei, Bülowstraße 21, an die Reichsdruckerei auf den Tisch:

„So dankbar wir Ihnen für Ihren Auftrag . . . sind, müssen wir Ihnen doch mitteilen, daß wir in der jetzigen Auftragslage nicht ausführen vermögen. Sobald der ehemalige Lichtdruckereibetrieb und die Zwangsverwaltung aufgehört haben werden, wenn die Bauern erst wieder ungehindert von Streikheeren für die nicht international beeinflussten Arbeiter ihre Arbeit bestellen können, dann dürfen sie sich ruhig wieder an uns wenden. Früher war das ganz anders, aber heute kann man als ehrlicher Geschäftsmann die sonst sehr willkommenen Aufträge nur ablehnen, weil die unzähligen Räte jede Disposition unmöglich machen.“ Die armen Unternehmer haben wirklich schwere Sorgen: Arbeitsunfähigkeit, Zwangsverwaltung, Streikheeren und dann noch Betriebsräte! Wenn den „ehrwürdigen Geschäftsmännern“ die Profiteure nicht mehr hoch genug erscheint, dann lehnen sie einfach, ohne Rücksicht auf die Not der Arbeiter, Aufträge ab, sie haben ja genug von den bunten Papiersegen und warten, „bis die Bauern in Ruhe ihren Acker bestellen können!“ Die Firma verfolgt mit diesem Schreiben an ein Reichsunternehmen bestimmte Zwecke. Das liegt auf der Hand.

Vieleicht kümmert sich der Betriebsrat einmal um die wahren Ursachen der Auftragsablehnung.

Unternehmenssabotage auf der ganzen Front. Feiter Zusammenbruch und Handeln der Arbeiter- und Angestelltenräte ist die einzige Abwehr gegen diese Unternehmerpraktiken.

Gewerkschaftliches

Streik der Gasarbeiter

Die Arbeiter der Charlottenburger Gaswerke sind gestern in den Ausstand getreten. Die Veranlassung hat eine Lohndifferenz zwischen dem Berliner Magistrat und der Vertretung der Groß-Berliner Arbeitererschaft gegeben, deren Erzielung sich nach Ansicht der Arbeiter unendlich verzögert hat. Als einziger der Groß-Berliner Arbeitererschaft sind bereits am Sonnabend die Arbeiter des Tegeleer Gaswerkes in den Streik getreten. Die Charlottenburger Arbeiter sind angeblich aus Solidaritätsgründen jetzt gefolgt. Kohlearbeiten werden ausgeführt. Die Gasversorgung ist unterbrochen.

Tarifvertrag der Versicherungs-Außenbeamten

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit, daß gestern im Reichsarbeitsministerium eine Sitzung mit den Arbeitgebern wegen der tariflichen Regelung der Verhältnisse der Außenbeamten im Versicherungsgewerbe stattfand. Den Vorsitz führte Geheimrat Dr. Weigert, Referent im Arbeitsministerium. Nach längeren Verhandlungen kam eine prinzipielle Einigung über die grundlegende Frage des Mindesteinkommens für die Außenbeamten, dem die Arbeitgeber bisher sehr ablehnend gegenübergestanden hatten.

Rittin arbeitete in seinem Zimmer mit einem Herrn von niedrigem Wuchs, mit ungemein langem, gelblichen Schnurrbart. Die kleinen Augen unter großen, buschigen Brauen schienen längst verblühen ohne den geringsten Ausdruck und es schien oft, als blüden sie, ohne zu leben.

Indem Rittin meiner Erzählung von den Junkern zuhörte, verfinsterte sich sein Gesicht immer mehr. Als ich geendigt hatte, tat er einen langen Pfiff und schüttelte mißbilligend den Kopf.

„Natürlich kann der russische Intelligente ohne Tragödie nicht leben. Hat er keine Tragödie im Leben, so schafft er sich eine, es ist ein Bedürfnis seiner Natur, Leiden, seien es reale oder eingebildete, bereiten ihm Freude. Das ist eine rein russische Eigentümlichkeit. Die Philosophie aller Völker empfindet das Leiden als etwas Widerwärtiges, das Leben verunstaltet. Die Philosophie des russischen Volkes aber erkennt das Leiden als etwas Erhebendes, Reinigendes an, . . . als Mittel zur Vervollkommnung des Menschen. . . Ich weiß nicht, ob es eine Art Fanatismus der mystisch bestimmten Seele oder ein tiefes Bedürfnis des absoluten Asketismus ist.“

Während seiner Rede sieht er bald mich, bald seinen Kollegen an, aber wir schweigen beide.

„Sehen Sie“, beginnt Rittin nach einem Augenblicke, „wäre an Ihrer Stelle ein Franzose, ein Deutscher oder ein Engländer, so würde er sich für einen Selbsten halten, da es ihm gelungen ist, einen Aufreiß zu beruhigen. Daß später ein Mann dafür bestraft oder gar erschossen werden, das würde ihn ganz natürlich und normal vorkommen, wie sollte es auch anders sein. Und weißt du, ich bin überzeugt, der Betreffende würde an deiner Stelle die Regierung um einen Beweis der Dankbarkeit ersuchen, in der Art, eine vortheilhafte Stellung oder so etwas.“

„Du aber quälst dich lange und nächtelang bei diesem Gedanken. Ja, du bist ja ein Russe und dabei Schriftsteller, eins der feinfühligsten Exemplare des russischen Gewissens.“

„Was hat dies mit meiner Schriftstellerei und dem russischen Gewissen zu tun?“ entgegnete ich weich. „Man braucht bloß Mensch zu sein, um sich über jegliche Gewalttat, von welcher Seite sie auch kommen mag, zu empören. . . Deine Theorie über das Bedürfnis nach Leiden scheint mir durch meine Bitte ein wenig widerlegt zu werden. Ich komme ja zu bitten, daß die Leiden beseitigt würden.“

(Fortsetzung folgt.)

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Seit dem Augenblicke, da ich zufällig erfahren habe, daß viele der Junker, die sich dank meiner Vermittlung der Regierung ergeben hatten, arretiert worden sind, und daß man ihnen mit strenger Strafe drohte, fühle ich schreckliche Gewissensbisse. Ich denke mir oft, ob ich auch richtig gehandelt habe, ob es nicht besser gewesen wäre, den Dingen ihren Lauf zu lassen. „Aber“, spricht eine Stimme in mir, dann wären sie ja alle erschossen worden, alle Frauen und Kinder, die in der Junkerschule sich verborgen hatten, wären ja getötet worden! Wenn jetzt auch einige erschossen werden, so sind die anderen doch wenigstens gerettet.“ Mein Gewissen kann sich aber mit einer solchen realen, merkantilsistischen Logik nicht zufrieden geben.

Es kommt mir vor, als sei ich, gerade ich, einfach ein verhängnisvoller Mensch. Wo ich auch erscheine, was ich auch berühren mag, überall bringe ich den Menschen Unglück. Und die ganze Tragik liegt darin, daß ich Anblick annehme dort, wo ich bloß Gutes will. Meine Bücher haben plötzlich die Junker zu eingebildeten Selbsten begeistert, ich selbst persönlich habe sie durch meine Rede in das Gefängnis gebracht.

Ich kann mich mit diesem Gedanken nicht zufrieden geben. Bisher habe ich niemand getötet, ich bin kein Feigling, ich fürchte mich vor nichts, ich fürchte nicht einmal den Tod, aber vor Blut empfinde ich einen instinktiven Schrecken, allein bei dem Gedanken an Blut beginne ich zu zittern, der Kopf schwindelt mir. . . .

Und nun werden ein Duzend junger, lebensfroher Jünglinge, fast noch Kinder, meinetwegen erschossen! Je mehr ich darüber nachdenke, umso mehr nimmt meine Handlungsweise eine ungeheuerliche Gestalt an. Es scheint mir jetzt, daß ich ein Henker, in roter Kleidung mit blutigen Händen bin, der bereit ist, die durch die eigenen Ideen entflammten Köpfe abzuhaufen, und die Tatsache, daß ich durchaus selbst meine eigenen Ideen töten muß, kommt mir so verhängnisvoll so unverständlich vor. . . .

Häufig erwache ich nachts von schrecklichen, langen Traumgebilden, in Schweiß gebadet; das Echo der im Traume erlebten Gefühle lebt in mir weiter, und ich sehe noch die Köpfe vor mir, die ich abgehauen habe, ich fühle den warmen, salzig-ekeligen Geruch des Blutes. . . . In der Dunkelheit erheben oft vor mir ganze Reihen von jungen, schon abgehauenen Köpfen, . . . aus ihren lebenden, beweglichen Augen starrt mich ein schrecklicher Vorwurf an, als wollten sie sagen:

„Und wir haben Ihnen doch geglaubt!“

Lange habe ich darüber nachgedacht, wie ich diesen Arrestanten helfen könnte; bei vielen erkundigte ich mich darüber. Einige schwiegen, bedenklich die Achseln zuckend, andere sagten wieder, nachdem sie mir aus Höflichkeit zugehört hatten, daß es nicht ihre Sache sei, und rieten mir, mich an die Volkskommissare zu wenden, welche mir den Auftrag gegeben haben, die Junker zur Uebergabe zu veranlassen.

In meinem fortwährenden Grübeln über diese Frage erleuchtet mich der Gedanke, zu Rittin zu gehen, als zu einem Menschen, der den jetzt regierenden Kreisen nahesteht, und ihn zu fragen, was ich tun solle.

Das Rittinengebäude des früheren Ministeriums, in dem Rittin arbeitete, wurde von roten Gardisten bewacht; man fürchtete Attentate. Nur mit großer Mühe gelang es einem, dorthin einzudringen, im Innern des Gebäudes aber herrschte ein völliges Chaos und Anordnung.

In dem großen und hohen Vestibül waren Gewehrpyramiden aufgestellt, und mehrere Rotgardisten lagen gruppenweise da auf den Bänken, die einen stritten laut miteinander, andere spielten Karten. Einer summte am Fenster stehend ein Lied vor sich hin. Ich wurde befragt, kontrolliert und schließlich durchgelassen.

In den breiten Korridoren schwirten unzählige Menschen hin und her; die einen schienen besorgt, andere schlenderten scheinbar ziellos umher, noch andere gingen gruppenweise auf und ab und unterhielten sich. Die Türen einiger Räume waren weit geöffnet und schallendes Gelächter und grobe Schimpfwörter wurden von dort hörbar. Der strengsinnliche, wohlständliche Ton der ehemaligen bürokratischen Kanzleien war verschwunden. Man glaubte sich in eine ungeheuer große, niederliche Studentenbude versetzt, wo ein jeder scheinbar frei war, zu tun, was ihm beliebte.

